

Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen am 17./18. April 2010 in Northeim

Unsicher und gefährlich – Atomkraft abschalten !

24. April 2010: Kettenreaktion gegen die Atomindustrie!

Nach knapp zehn Jahre kündigen Bundesregierung und Atomindustrie den Atomkonsens auf. Sie befördern damit eine tiefgreifende gesellschaftliche Spaltung. Wir Grüne stellen uns dagegen und werden alles tun, um den Rückschritt in die energiepolitische Steinzeit zu blockieren: im Parlament, vor Gericht und auf der Straße.

Zum Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl rufen wir GRÜNE zusammen mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis zu einer Aktions- und Menschenkette auf von Krümmel nach Brunsbüttel. Wir wollen die endgültige Abschaltung dieser Schrott-Reaktoren erzwingen.

Ausbreitung von Atomtechnologie verhindern!

Gut 50 Jahre nach dem Beginn der Nutzung von Atomenergie zur Produktion von Strom wird eine katastrophale Entwicklung deutlich. Die internationalen Konflikte um Bau und Besitz von Atomwaffen im Iran, in Pakistan und in Nordkorea zeigen eindrucksvoll, dass sich eine zivile und militärische Nutzung der Atomkraft nicht trennen lässt. Eine weitere Ausbreitung von Atomtechnologie steigert die Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes. Die aktuelle Entwicklung ist auch Folge einer verantwortungslosen deutschen Exportpolitik von Nukleartechnik. Der Atomwaffensperrvertrag, der im Mai neu verhandelt wird, muss daher drastisch verschärft werden. Die weltweiten Kernbrennstoff- flusskontrollen sind zu veröffentlichen. Wiederaufarbeitungstechnologie und Zentrifugen müssen einem strikten Exportverbot unterworfen werden.

Die Endlagerfrage muss neu aufgerollt werden!

Mit Asse II und Morsleben sind zwei Lager für Atommüll innerhalb nur einer Generation gescheitert. Beide Atommülllager bedrohen heute unser Grund- und Trinkwasser, obwohl es einst hieß, sie seien „sicher für alle Zeiten“. An zwei weiteren Orten in Niedersachsen, in Gorleben und in Salzgitter soll Atommüll gelagert werden. Dabei will die amtierende Landesregierung und auch die amtierende Bundesregierung auf eine gründliche Analyse der Fehler verzichten, die in der Asse und in Morsleben zur Katastrophe geführt haben. Landes- und Bundesregierung behindern den Untersuchungsausschuss Asse, indem sie notwendiges Beweismaterial, gar nicht, zu spät oder unvollständig zur Verfügung stellen.

Kein Atomklo in Gorleben!

Am 30. März 2010 hat die Bundesregierung den Weiterbau in Gorleben auf der Grundlage eines 28 Jahre alten Antrages nach Bergrecht „zur Aufsuchung von Steinsalz zu gewerblichen Zwecken“ beim Land beantragt. Eine Atomanlage ist geplant, aber das Atomrecht soll nicht zur Anwendung kommen. Obwohl in Deutschland seit zwanzig Jahren ein Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung gilt, soll keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wer-

den. Das Bergrecht erlaubt dem „Unternehmer“, in diesem Fall der Bundesregierung, alle Daten, Risswerke und Laugenzuflüsse im Bergwerk geheim zu halten. Deshalb müssen wir davon ausgehen, dass der Öffentlichkeit nur ausgewählte oder verfälschte Informationen zugänglich gemacht werden. **Wir stellen heute fest, dass der Standort Gorleben politisch verbrannt und geologisch ungeeignet ist.** Er muss endgültig aufgegeben werden. Der jetzt geplante Weiterbau in Gorleben ist nicht legal.

Rückholbarkeit aller atomaren Abfälle ist notwendig!

Der Optionenvergleich zur Prüfung von Möglichkeiten zur Sanierung der Asse hat gezeigt, dass es nur eine Möglichkeit gibt, um die im Atomgesetz zwingend vorgesehene Langzeitsicherheit zu gewährleisten: Die Rückholung aller Abfälle aus den Tiefen des Bergwerks. Das Vorhaben ist schwierig und teuer, aber es ist allemal billiger als die Vergiftung der Brunnen im Grundwassereinzugsbereich der Asse und die schleichende Verseuchung des Flussgebietes von Oker, Aller und Weser. Zur Abwehr von Gefahren muss die Rückholung realisiert werden. Die Abfälle müssen neu konditioniert und in ein Zwischenlager verbracht werden, bis eine Möglichkeit zur sicheren Langzeitlagerung verfügbar ist.

Die Sicherheitskriterien für Atommülllagerung von allen Arten radioaktiven Mülls müssen definiert werden, bevor eine Festlegung auf einen Standort erfolgt. Der Eintritt des größten anzunehmenden Unfalls in der Asse, der zuvor mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen wurde, offenbart - das zeigt die Zwischenbilanz des Untersuchungsausschusses Asse - menschliche Hybris, Selbstüberschätzung und eine erhebliche kriminelle Energie. Die Tatsache, dass sogar ein Tagesbruch zu befürchten ist, der das einstige Worst-Case-Szenario noch weit in den Schatten stellt, setzt endgültig die Notwendigkeit der Rückholbarkeit von Atommüll auf die Tagesordnung. Damit ist auch die Genehmigung von Schacht Konrad als Atommüllendlager in Frage gestellt und wir fordern ein Moratorium für die Einlagerung.

Laufzeitverlängerungen sind ein Kniefall vor den Atomkonzernen!

Die Bundesregierung will die Laufzeiten der Atomkraftwerke um bis zu 28 Jahre verlängern. Damit werden die zwingenden verfassungsrechtlichen Abwägungen im Atomkonsens aufgekündigt, obwohl spätestens nach dem Desaster der Asse das totale Scheitern der alten Endlagerstrategie und Entsorgungsvorsorge mehr als offensichtlich ist.

Wir wollen keine Laufzeitverlängerung für AKWs.

Kommt alle zur Aktions-und Menschenkette am 24.April!